



Krise Coronavirus: Aktionsplan ERAvsCORONA

Zehn-Punkte-Plan für kurzfristige und koordinierte Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung

Am 07.04.2020 haben die Forschungsministerinnen und -minister sich im Rahmen einer Videokonferenz (anstelle des für diesen Tag ursprünglich angesetzt informellen Austauschs der Ministerinnen und Minister) über einen Aktionsplan für kurzfristige und koordinierte Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ausgetauscht, den die Europäische Kommission kurzfristig zur Diskussion gestellt hatte.

Der Zweck des Zehn-Punkte-Plans besteht in den begleitenden Ausführungen der Kommission zufolge darin, prioritäre Aufgabenbereiche sowie Arbeits- und Organisationsabläufe für kurzfristige Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung zu identifizieren, die zwischen den einschlägigen Kommissionsdienststellen und den Mitgliedstaaten koordiniert und in den kommenden Wochen und Monaten durchgeführt werden können. Er umfasst dementsprechend Vorschläge für erste, kurzfristige Maßnahmen. Darüber hinaus sollen mit diesem Aktionsplan die Schlüsselbereiche für kurz- und mittelfristige Maßnahmen benannt werden. Die Koordinierung dieser Maßnahmen wird als wesentliche Voraussetzung für die Intensivierung der Zusammenarbeit der Union und der Mitgliedstaaten identifiziert. Diese ist für eine weltweite Kooperation zur Bewältigung der mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Herausforderungen im Bereich von Forschung und Innovation nach Auffassung der Kommission unerlässlich. Der Aktionsplan soll der Kommission zufolge in regelmäßigen Abständen aktualisiert und mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in anderen Politikfeldern abgeglichen werden.

Der Aktionsplan sieht zehn Schritte vor, wobei die ersten sechs Schritte dazu dienen sollen, zusätzliche Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für Forscherinnen und Forscher, Forschungseinrichtungen und Innovatoren zu schaffen und hierüber zu informieren, während die vier letzten Schritte darauf ausgerichtet sind, die für eine wirksame und zeitnahe Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erforderlichen Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation, vor allem im Bereich der Kommunikation und des Datenaustauschs, zu schaffen und die Zivilgesellschaft einzubinden:

- Koordination der europäischen und der mitgliedstaatlichen Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung zur Bekämpfung des Coronavirus.

Dem Vernehmen nach soll in den kommenden Wochen eine neue, von der Kommission und den Mitgliedstaaten gemeinsam programmierte Forschungs- und Innovationspartnerschaft zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und den nationalen Organisationen der Forschungsförderung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie eingerichtet werden. Der Mehrwert soll hierbei in der zwischen den Partnern abgestimmten Finanzierung für Forschung und Innovation in den Bereichen liegen, in denen eine solche Art der Finanzierung zu größtmöglicher Wirkung führt, in Ergänzung zu der Unterstützung bereits bestehender Partnerschaften (wie z.B. der Initiative für innovative Medizin („Innovative Medicines Initiative“ (IMI)) und der europäisch-afrikanischen Kooperation für klinische Studien („European & Developing Countries Clinical Trials Partnership“ (EDCTP)).

- Ausweitung und Unterstützung großer, EU-weiter klinischer Studien für das Klinik-Management von COVID-19-Patienten.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt sollen zusätzliche Fördermittel für Forschungseinrichtungen zur Ausweitung und Unterstützung der Durchführung groß angelegter, multizentrischer klinischer Studien in ganz Europa (z.B. nach dem Vorbild der Studien „Randomised, Embedded, Multi-factorial, Adaptive Platform Trial for Community-Acquired Pneumonia“ (REMAP-CAP) und „Diagnostic Data and Genetic Polymorphisms in ICD Patients“ (DISCOVERY)) bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll dem Vernehmen nach die Möglichkeit geprüft werden, eine EU-weite Studie über die Behandlung



von COVID-19 mit rekonvaleszierenden Plasmatherapien durch zusätzliche Fördermittel zu unterstützen. Versuchsanlagen für derartige Studien sollten dem Vorschlag der Kommission zufolge anscheinend in ein EU-weites Netz von Forschungseinrichtungen eingebunden werden, die für die Erprobung neuer Wirkstoffkombinationen und künftige Impfstoffversuche genutzt werden könnten.

Der Mehrwert wird damit begründet, dass zusätzliche EU-Fördermittel und eine stärkere Koordination solcher Studien eine ausreichend große Anzahl von Patientinnen und Patienten ermöglichen, wodurch das Potenzial für schlüssige Ergebnisse erhöht wird, was wiederum die Evidenzbasis für therapeutische Ansätze gegen das Coronavirus vergrößert. Die Mitgliedstaaten könnten hierzu beispielsweise einen Beitrag leisten, indem sie es den Kliniken und Krankenhäuser ermöglichen, sich an den fraglichen Studien zu beteiligen.

- Neue Ausschreibung im laufenden Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont 2020“, für innovative und schnelle gesundheitsbezogene Ansätze, um auf das Coronavirus zu reagieren und schnelle, für die Gesellschaft relevante Ergebnisse und ein höheres Maß an Bereitschaft der nationalen Gesundheitssysteme zu liefern.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt sollen neue Ausschreibungen für Fördermaßnahmen zur Erforschung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der bereits ergriffenen Maßnahmen, zur Entwicklung neuer medizinischer Technologien und ICT-Anwendungen sowie zur Vorbereitung der nationalen Gesundheitssysteme auf die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie veröffentlicht werden, die sich an Forschungseinrichtungen und -konsortien, den öffentlichen Sektor, die Industrie und zivilgesellschaftliche Organisationen richten. Darüber hinaus soll dem Vernehmen nach die gemeinsame Nutzung von Forschungsdaten auf entsprechenden Plattformen ermöglicht werden.

- Ausweitung der Unterstützung für innovative Unternehmen.

Das Budget für das Instrument „Accelerator“ zur Innovationsförderung für Start-ups und KMU im laufenden Modellversuch des Europäischen Innovationsrates (EIC) soll dem Vernehmen nach zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgeweitet werden, um Innovationen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gezielt zu fördern, etwa durch die Umverteilung von Mitteln innerhalb von „Horizont 2020“ und die stärkere Einbeziehung anderer Investoren (wie z.B. nationaler Einrichtungen der Forschungsförderung und Investitionsbanken). Darüber hinaus hat die Kommission dem Vernehmen nach vorgeschlagen, den Zugang zu anderen Finanzierungsinstrumenten wie den InnovFin-Finanzmitteln für Risikofinanzierung in enger Zusammenarbeit mit der EIB-Gruppe (aus Europäischer Investitionsbank und Europäischem Investitionsfonds) zu erleichtern, einschließlich der Zuweisung früherer und laufender Rückzahlungen aus Finanzierungsinstrumenten an einschlägige InnovFin-Produkte (wie die InnovFin-Fazilität für die Finanzierung von Infektionskrankheiten („*Infectious Disease Finance Facility*“ (IDFF))), möglicherweise ergänzt durch die Unterstützung der Mitgliedstaaten. Schließlich soll eine EIC-Plattform für das Matchmaking für Start-ups und KMU eingerichtet werden, die an innovativen Lösungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie arbeiten.

- Erschließung weiterer Finanzierungsquellen zur Beteiligung an Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

In den kommenden Monaten soll das sog. Exzellenzsiegel, das Start-ups und KMU, deren Förderanträge positiv beurteilt worden sind, die aufgrund fehlender Mittel jedoch nicht im Rahmen von „Horizont 2020“ gefördert werden können, den Zugang zu Fördermitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) erleichtert, vor allem an solche Unternehmen vergeben werden, die für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie relevante Innovationen entwickeln. Weiterhin soll dem Vernehmen nach eine beihilferechtliche Erleichterung der Förderung dieser Start-ups und KMU geprüft werden. Schließlich sollen weitere Möglichkeiten der Förderung für solche Unternehmen (z.B. durch private Stiftungen, im Rahmen des InvestEU-Programms usw.) geprüft werden.



- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Förderangebote für Forschung und Innovation zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Die bereits bestehende Informationsplattform der Kommission zu Förderlinien, Forschungsprojekten und Initiativen zur Bekämpfung der Verbreitung des Coronavirus und zur Vorbereitung auf andere, vergleichbare Entwicklungen (vgl. dazu Notiz „17 Forschungsprojekte zur kurzfristigen Förderung für Impfstoffentwicklung, Behandlung und Diagnose von COVID-19“ im vorliegenden Wochenbericht) soll zu einer Plattform für den gesamten europäischen Forschungsraum („European Research Area (ERA) corona platform“) erweitert werden und nicht nur Informationen zu einschlägigen Ausschreibungen und Förderlinien der Kommission, sondern auch zu den einschlägigen Maßnahmen und Förderlinien der Mitgliedstaaten bieten.

Der Mehrwert dieses Schrittes wird dem Vernehmen nach damit begründet, dass eine solche Plattform einen vollständigen, EU-weiten Überblick über alle laufenden Forschungsfördermaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie bieten und darüber hinaus transparent machen würde, welche nationalen Ausschreibungen für Forscherinnen und Forscher, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten offenstehen. Außerdem könnten und sollten auf einer solchen Plattform auch relevante Informationen anderer einschlägiger Initiativen und Projekte (wie z.B. der Koalition für Innovationen in der Epidemieprävention („Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI)), der „Global Research Collaboration for Infectious Disease Preparedness“ (GLOPID-R) und der Weltgesundheitsorganisation) zugänglich gemacht werden.

- Einrichtung einer hochrangig besetzten Ad-hoc-Taskforce zu Forschung und Innovation zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

In den kommenden Wochen sollen die Mitgliedstaaten dem Vernehmen nach Vorschläge zur Besetzung einer hochrangigen Ad-hoc-Taskforce zu Forschung und Innovation zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie machen. Dieses Expertengremium soll die Kommission zu relevanten Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung mit Blick auf mittel- und langfristige Prioritäten der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie sowie zu ihrer Kommunikationsstrategie beraten.

- Erleichterung des Zugangs zu Forschungsinfrastrukturen.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt soll geprüft werden, ob, und wenn ja, in welchem Umfang bestehende Förderzusagen für Forschungsinfrastrukturprojekte in Abstimmung mit den Begünstigten an die aktuelle Situation angepasst, d.h. u.a. auf die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ausgerichtet werden können. Darüber hinaus soll die Möglichkeit der Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel für laufende Projekte geprüft werden, die hierzu wichtige Beiträge leisten können. Schließlich sollen Informationen über relevante Dienstleistungen von Forschungsinfrastrukturen (z.B. vermittelt durch das Europäische Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI)) gesammelt und auf einschlägigen Plattformen (wie der „European Open Science Cloud“ (EOSC), dem ESFRI und der o.g. Plattform des europäischen Forschungsraums („European Research Area (ERA) corona platform“)) verbreitet werden.

- Gemeinsame Nutzung von primären Forschungsdaten zu SARS-CoV-2 und Coronavirus.

Beginnend im April soll eine europäische Plattform für den Austausch von forschungsrelevanten Informationen und Forschungsdaten zu SARS-CoV-2 eingerichtet und an die EOSC angebunden werden. Die einschlägigen Dienststellen der Kommission sollen mit dem Europäischen Bioinformatik-Institut (EBI) des Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (EMBL) und anderen Partnern, Initiativen und Projekten zusammen, um diese Plattform einzurichten, die es der Forschungsgemeinschaft ermöglicht, relevante Informationen (einschließlich der primären Forschungs(roh)daten und anderer Forschungsergebnisse wie Protokolle und Arbeitsabläufe) schneller auszutauschen. Dadurch sollen auch die relevanten Maßnahmen und Projekte des EMBL, der europäischen Forschungsinfrastruktur für biowissenschaftliche Informationen (ELXIR) und anderer Partnerorganisationen zur Umsetzung der EOSC unterstützt werden.

Der Mehrwert dieses Schrittes wird damit begründet, dass ein beschleunigter und erleichterter



Austausch von Forschungsdaten und -ergebnissen zur Beschleunigung der Entdeckung von innovativen Lösungen bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie beitragen wird.

- Ausrichtung eines gesamteuropäischen Hackathons zur Mobilisierung des gesamteuropäischen Innovationspotenzials und der Zivilgesellschaft.

Am 24.-26.04.2020 soll unter der Schirmherrschaft der Kommission ein gesamteuropäischer Hackathon (#EUnitedvsVirus) durchgeführt werden, der von den Organisatoren der bisherigen Hackathons in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien und Ungarn gemeinsam ausgerichtet wird. In diesen Hackathon sollen die Zivilgesellschaft, Start-ups, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Innovatoren im Allgemeinen eingebunden werden.

Die Mitgliedstaaten brachten im Rahmen der Videokonferenz ihre grundsätzliche Unterstützung für den Zehn-Punkte-Plan zum Ausdruck. Die Diskussion war u.a. darauf ausgerichtet, sich darüber zu verständigen, welche der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen und Steuerungsinstrumente geeignet sind, um die gesamte (EU- und mitgliedstaatliche) kurz-, mittel- sowie langfristige Forschungs- und Innovationsförderung zu COVID-19 zu koordinieren bzw. zu steuern, und wie andere EU-Programme, vor allem die ESIF, genutzt werden können, um weitere, nicht zuletzt privatwirtschaftliche Investitionen in Forschung, Innovation und Entwicklung zur Bewältigung der aktuellen Krise anzuregen. Die rechtliche Voraussetzung für den flexiblen Einsatz noch nicht verausgabter ESIF-Mittel zur kurzfristigen Umsetzung von Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsförderung zur Bewältigung der Coronakrise ist durch die am 30.04.2020 angenommene „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise“ (Coronavirus Response Investment Initiative (CRII)) bereits geschaffen worden. Die geschaffenen Möglichkeiten sollen im Rahmen der „Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Corona-Krise“ (CRII+) bei nächster Gelegenheit noch erweitert werden.

Deutschland betonte u.a. die Notwendigkeit, den Aktionsplan als „lebendiges Dokument“ zu betrachten und fortlaufend an die aktuelle Entwicklung anzupassen.

Detaillierte Informationen zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen, die über die o.g. Aussagen hinausgehen, liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/research_by_area/documents/ec_rtd_era-vs-corona.pdf

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/covid-19>

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/coronavirus-response/

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=237>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_574